



Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.
Landesverband Niedersachsen/Bremen - Pressesprecher :
Eckehard Niemann, Varendorferstr.24, 29553 Bienenbüttel
T: 0151 - 11 20 16 34, Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Pressemitteilung

AbL fordert angesichts von zunehmenden Fleischkonzern-Krisen rasche Rück-, Umbau- und Schutz-Programme

Für Zusammenarbeit von Landwirten, Gewerkschaften, Kommunen, Handwerk und Verbrauchern

Auf die wachsenden Krisen von Fleischkonzernen und die damit verbundene Schließung von Schlachthöfen weist der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hin und fordert ein rasches konzertiertes Umbau-Programm der Fleischbranche sowie Schutzprogramme für betroffene Landwirte und Arbeitnehmer. Laut Einschätzung des AbL-Agrarindustrie-Experten Eckehard Niemann sind die aktuellen Schlachthofschließungen und Firmenverkäufe im Schweinebereich derzeit vor allem Ausdruck der Krise des VION-Fleischkonzerns und möglicher Tierschutz- und Hygiene-Mängel. Im Geflügelbereich dauere parallel dazu der ruinöse Verdrängungskampf der Geflügelkonzerne an: der Konkurs des Geflügelkonzerns Doux sei ebenso ein Resultat der agrarindustriellen Überschuss-„Hähnchenblase“ wie auch die Einfusionierung des früheren „Stolle“-Konzerns in die Plukon-Gruppe oder der Konkurs der süddeutschen Puten-Großschlachtereier Gut Stetten GmbH & Co. KG (Kalvelage-Heidemark-Konzern). Man müsse auch die Skandale anderer Unternehmen mit Gammel- oder Pferdefleisch-Zumischungen in diesen Zusammenhang einordnen, ebenso die massive Akzeptanzkrise von Fleisch- und Agrarindustrie.

Bei Fortdauer der agrarindustriell bestimmten und sogar politisch geförderten Expansions-Strategie der Fleischkonzerne, die zu Lasten von Landwirten hier und weltweit, von Arbeitnehmern, Lebensmittelqualität, Umwelt und Tieren gehe, seien weitere Schlachthof-Schließungen, Konkurse, Konzern-Übernahmen und fatale weitere Konzentrationsprozesse zu erwarten. Es komme jetzt auf eine rasche, politisch gestaltete Wende auch in der Schlacht- und Fleischindustrie an – mit einem gezielten Rückbau der einst staatlich subventionierten Schlachthof-Konzentration und mit Förderung von regionalen und handwerklichen Strukturen. Dies müsse in enger Verbindung mit der Agrarwende zugunsten von Umwelt- und Tierschutz und von „Bauernhöfen statt Agrarfabriken“ geschehen - mit fairen und markttransparenten Erzeugerpreisen für „Klasse statt Masse“ und mit Mindestlöhnen, von denen die Arbeitnehmer und ihre Familien leben könnten.

Bislang, so die AbL, habe sich die deutsche Schlacht-Agrarindustrie durch Billigst-Entlohnung der Werkvertragsarbeiter und auch von normal“ Beschäftigten, mit der Ausbeutung vieler abhängiger Vertragsmäster, durch Nutzung regionaler Monopolstrukturen mit ruinösen Schweinepreisen und mit der Ausnutzung der EEG-Vergünstigungen über Wasser gehalten - diese perspektivlose Strategie erweise sich aber zunehmend als unzureichend und gesellschaftlich inakzeptabel. Hinzu komme die Tatsache, dass die von Schlachtkonzernen angeheizte, zu deutschen Kosten erzeugte Fleisch-Überschussproduktion zu nicht den kostendeckenden Billigpreisen der brasilianischen und US-Konkurrenz nach Russland oder China exportiert werde. Auch der Aufbau riesiger Schweine-Agrarfabriken des Tönnies-Konzerns in Russland müsse in diesen Zusammenhang gestellt werden. Dieser unsinnigen „Globalisierungs-Ideologie“ von der „Eroberung der Weltmärkte“ fielen Teile der Schlachtindustrie nun selber zum Opfer – es dürfe aber nicht sein, dass sie dabei Arbeitnehmer, Landwirte und ganze Regionen mit in diesen agrarindustriellen Strudel mit hineinreißt.

Angesagt sei jetzt, so die AbL, ein enges gesellschaftliches Bündnis für einen sozialverträglichen Rück- und Umbau der Fleischbranche, in dem Vertretungen von Landwirten, Gewerkschaften, Kommunen, Handwerk, Verbrauchern und anderer gesellschaftlicher Gruppen eng zusammenarbeiten sollten.

3.770 Zeichen - 12.03.2014